

Am 15. November eröffnete Innenminister Hans-Peter Friedrich in Köln das „Gemeinsame Extremismus und Terrorismus-Abwehrzentrum“ (Abkürzung: GETZ). Unter der Federführung vom Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt soll mit dem GETZ eine „zeitgemäße Informations- und Kommunikationsplattform“ für sämtliche Geheimdienste und Polizeibehörden von Bund und Ländern sowie weitere Kooperationspartner, u.A. Europol und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, geschaffen werden, heißt es aus dem Bundesinnenministerium. Zu diesem Zweck sollen umfangreiche themenbezogene Datensammlungen aufgebaut werden. Bislang vorgesehen sind Datenbanken zu den Bereichen „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Ausländerextremismus“, sowie „Spionage und Proliferation“. Zusätzlich soll über eine regelmäßige Zusammenarbeit von Vertreter*innen der Behörden in verschiedenen Arbeitsgruppen und gemeinsame Lagebesprechungen an den Standorten Köln und Meckenheim die Kooperation auf persönlicher Ebene intensiviert werden.

Das GETZ verzahnt die deutschen Sicherheitsbehörden weiter. Mit dem GETZ wird das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten weitestgehend aufgehoben. Dabei ist es auch vollkommen egal, dass das Bundesinnenministerium nicht müde wird zu betonen, es würde keine neue Behörde entstehen. Durch das GETZ wird bewusst unterlaufen, was die Alliierten im Polizeibrief von 1949 explizit festgeschrieben hatten, um eine Lehre aus dem Terror der GeStaPo während des Nationalsozialismus zu ziehen: Polizeibehörden und Nachrichtendienste sollten nicht eins sondern getrennt sein, um Machtanhäufung und Willkür zu begrenzen.

Dieses Trennungsgebot stört die herrschenden Sicherheitspolitiker*innen schon seit langem. Weitestgehend ohne öffentliche Kritik wurde nach dem 11. September 2001 mit dem „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum“ der Vorläufer des GETZ eingerichtet. Auch dort arbeiteten verschiedene Polizeibehörden und Geheimdienste eng zusammen. Dem folgten nach ähnlichem Muster und unter Einbeziehung zivil-gesellschaftlicher Akteure das „Gemeinsame Internet-Zentrum“, das „Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration“ und das „Nationale Cyber-Abwehrzentrum“. Auch eine „Islamistendatei“, die Vorlage für die im September 2012 eingeführte „Nazi-Datei“, gab es bereits. Doch die Umsetzung des lange vorangetriebenen Plans, die enge Zusammenarbeit der Behörden auch auf andere Bereiche auszudehnen, gelang absurderweise erst nach der Selbstenttarnung des NSU; also in einer Situation, in der vor allem die Geheimdienste sich einer öffentlichen Kritik ausgesetzt sahen, wie sie fast beispielslos in der Geschichte ist.

Politisch wird das GETZ als Antwort auf das Versagen und die Pannen von Polizei und Verfassungsschutz bei der Aufklärung der rassistischen Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) verkauft. Hier soll vermittelt werden: Es werden Konsequenzen gezogen,

der Staat handelt. Angeblich hätte eine bessere Verzahnung der Behörden den Nazi-Terror verhindert.

Doch die Ursachen für das Versagen der Sicherheitsbehörden, wenn man denn von einem solchen reden kann, sind andere: Verfassungsschutz und Co haben nicht versagt, weil sie zu wenig Kompetenzen und Werkzeuge zur Aufklärung der Verbrechen des NSU hatten. Sie versagten u.a. wegen ihrer historisch bedingten politischen Ausrichtung und eines institutionellen Rassismus. Weil „nicht sein konnte, was nicht sein durfte“ wurden rassistische Motive für die Taten von vorne herein ausgeschlossen, während die Opfer und ihre Angehörigen jahrelang mit rassistischen Stereotypen belegt und drangsaliert wurden. Die große Mehrheit der Gesellschaft begnügte sich mit diesen Erklärungen, nur ein sehr kleiner Teil hinterfragte diese Thesen kritisch - ein Vorwurf, dem sich im Nachhinein auch viele antifaschistische und antirassistische Gruppen stellen müssen.

Beinahe wöchentlich zeigen neue Enthüllungen, wie tief die Sicherheitsbehörden, allen voran die Verfassungsschutzämter, in die Nazi-Szene verstrickt waren und sind. Jahrelang wurden einzelne Nazis und deren Organisationen - teilweise aus dem direkten Umfeld des NSU - mit Hilfe des V-Leute-Systems finanziert, vor Repression geschützt und ihre Taten verharmlost. Die Aufarbeitung dieser Skandale geht nur schleppend voran - es wird nach Kräften gemauert und vertuscht. Belastende Akten, die Aufschluss über das Treiben der Geheimdienste geben könnten, wurden im großen Maßstab vernichtet. Wir haben aber noch kein Wort gefunden, welches das Ignorieren, Leugnen und die Komplizenschaft von Seiten der Geheimdienste treffend beschreibt. Klar ist nur, das Handeln der Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex bestand nicht nur aus „Pannen“?

Deutlich wurde auch: Wer glaubt, Geheimdienste ließen sich “demokratisch kontrollieren“, der oder die macht sich Illusionen. Diese Behörden sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems! Sie gehören nicht reformiert, sondern abgeschafft!

Nebenbei wird mit der “gleichberechtigten“ Einführung von Datensammlungen zu Rechts-/Links- und Ausländerextremismus, wie sie im GETZ vorgesehen ist, auch die Extremismustheorie weiter propagiert. Eine Theorie, die mittlerweile so oft widerlegt wurde, dass sie nur noch als politische Kampflinie, aber nicht mehr als wissenschaftlicher Ansatz zu werten ist. Die Gleichsetzung von sogenanntem “Linksextremismus“ und “Rechtsextremismus“ ist nicht nur unhaltbar, da die rechte Ideologie von Grund auf menschenverachtend ist, während linke Positionen maßgeblich an der Gleichheit aller Menschen orientiert sind. Die Extremismustheorie stellt vor allem die gesellschaftliche Mitte als den positiven und vorbildlich-demokratischen Bezugspunkt dar, von welchem die beiden Extrempositionen dann abweichen sollen. Dabei sind die Bausteine rechter Ideologien - wie Rassismus, Antisemitismus oder antidemokratische Tendenzen - gerade in der gesellschaftlichen Mitte fest verankert.

Währenddessen versichert sich die glorifizierte Mitte der Gesellschaft, wenn sie denn zu den NSU-Taten nicht komplett schweigt, bei völlig entpolitisierten Musik-Festivals wie dem "Arsch-Huh" in Köln oder der "Rock'n'Roll-Arena in Jena für die bunte Republik Deutschland" gegenseitig, dass es in ihrer Stadt keine Probleme mit Nazis und erst recht nicht mit alltäglichem Rassismus gibt. Wer diese Probleme offen anspricht, dem schlägt entweder Ignoranz oder Empörung entgegen oder sieht sich staatlicher Repression ausgesetzt wie das Refugee-Camp in Berlin. Unterdessen unterstellt Innenminister Friedrich Flüchtenden aus dem Balkan grundsätzlich sogenannten "Asylmissbrauch" und Spiegel TV warnt davor, dass "Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien ganze Wohnviertel in soziale Notstandsgebiete" verwandeln. Vorlagen, die von besorgten Bürger*innen bis hin zur NPD dankbar aufgenommen werden. Ein Jahr nach der Entdeckung der Mordserie des NSU und 20 Jahre nach den rassistischen Pogromen von Lichtenhagen müssen wir feststellen: es hat sich kaum etwas geändert!

Umso wichtiger ist es, in diese Diskurse zu intervenieren, den Zusammenhang zwischen den (Gewalt)Taten von Nazis und alltäglichem Rassismus herzustellen und die Rolle von Polizei und Verfassungsschutz in diesem Kontext zu kritisieren. So sind Demonstrationen wie die heutige gegen die IMK oder diejenige Anfang November gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln-Chorweiler Schritte in die richtige Richtung.

Ein staatlich inszenierter Kampf gegen Nazis fördert die notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Neonazismus und Rassismus nicht. Er behindert sie sogar. Der Staat handelt, Problem gelöst, eigenes Engagement nicht mehr von Nöten - das ist die Gleichung, die gezogen wird. Dem setzen wir entgegen: Wir müssen im Alltag gegen Neonazis vorgehen; eingreifen, wenn Menschen bedroht werden; laut widersprechen, wenn Rassismus geäußert wird; uns für eine solidarische Gesellschaft einsetzen, in der Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, sexuelle Orientierung und Geldbeutel nicht darüber entscheiden dürfen, ob ein Mensch anerkannt und nicht ausgegrenzt wird, in Frieden und Sicherheit leben kann!

Für einen unabhängigen und konsequenten Antifaschismus!